

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 45 (1969-1970)
Heft: 6

Artikel: Die USA und der Friede in Vietnam
Autor: Hamilton, Herbert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079213>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die USA und der Friede in Vietnam

General McArthurs berühmter Ausspruch: «Soldaten sterben nicht, sie schwinden dahin», könnte, in leicht variiert Form, auch auf den Krieg in Vietnam Anwendung finden. Der unerklärte und unglückliche Feldzug, den die Vereinigten Staaten nun schon seit Jahr und Tag im Fernen Osten führen, – er ist der längste Krieg in der Geschichte Amerikas – wird nicht «sterben», er wird nicht eines Tages plötzlich zu Ende sein, aber er wird dahinschwinden, verblassen, verklingen, wie eine disharmonische Melodie, die schon lange keiner mehr hören wollte.

Dieser Prozess des Dahinschwindens hat bereits begonnen. Unter dem fast unerträglich gewordenen Druck der öffentlichen Meinung hat Präsident Nixon sein Versprechen gegeben und erfüllt, einen nicht unwesentlichen Teil der US-Truppen aus Vietnam zurückziehen. Weitere, starke Kontingente der Amerika-Streitkräfte werden in den nächsten Monaten in ihre Heimat zurückkehren. Damit ist der Anfang vom Ende erreicht, eine Phase, die in Amerika zwei sehr einschneidende Reaktionen zur Folge hatte: 1. Die Stimmen der Protestierenden sind zwar nicht vollends verstummt, aber doch weit seltener und schwächer geworden. 2. Die amerikanische Öffentlichkeit beginnt sich bereits langsam auf Friedensperspektiven umzustellen, sie beginnt in Nachkriegsbegriffen zu denken!

Die Frage «Was bedeutet ein Frieden in Vietnam für die Vereinigten Staaten?» wirft einen Gaurisankar komplizierter, vielfach ineinander

Herbert Hamilton, politischer Beobachter in Washington, versucht eine sozialpolitisch-wirtschaftliche Analyse der Folgen eines Vietnam-Friedens zu geben. Seine Ausführungen machen deutlich, wie schwerwiegend letztlich auch — im Positiven wie im Negativen — die Rückwirkungen auf Europa und die weltpolitische Lage wären.

greifender Probleme auf. Man müsste ein Buch schreiben, wollte man versuchen, sie restlos zu beantworten. Der folgende Analysen-Versuch ist unter dem Gesichtswinkel erstellt, dass der Krieg in Vietnam nicht mit einem Sieg, aber auch keineswegs mit einer Niederlage Amerikas seinen Abschluss finden wird. Wenn der Konflikt in Vietnam sozusagen «verblasst» sein wird, dürfte Amerika für seine schweren Opfer an Menschenleben und seinen ungeheuren Aufwand an Geld und Material zumindest wichtige Teil-Erfüllungen seiner Absichten, dem kommunistischen Vormarsch in Asien Halt zu bieten, eingetauscht haben.

«Friedens-Dividende?»

Vorsichtige Wirtschaftspolitiker Amerikas weisen jetzt schon darauf hin, dass das Ende der Feindseligkeiten in Vietnam den amerikanischen Staat von seinen gewaltigen finanziellen Lasten *nicht ganz* befreien werde. Auch wenn sämtliche Kampftruppen der USA aus Vietnam abgezogen sind (vermutlich 1972), wird – ganz wie in Korea – noch eine erhebliche Zahl von

militärischen und zivilen Regierungsbeamten, vielleicht auf Jahre hinaus, in Vietnam verbleiben müssen. Die Kosten für ihren Unterhalt werden weiter laufen, wenn auch in weit kleinerem Ausmass, als dies heute der Fall ist. Dazu kommt, dass Amerika sein Milliarden-Dollar-Angebot für den Wiederaufbau beider Vietnams vermutlich wiederholen und eines Tages wirklich zur Ausführung bringen wird. Eine plötzliche Nachkriegs-Konjunktur, eine nie dagewesene wirtschaftliche Blüte, wie einige Optimisten sie durch ihre rosenroten Brillen kommen sehen, ist also durchaus nicht zu erwarten.

Faktum bleibt aber, dass gewaltige Beträge, die bisher für militärische Zwecke aufgewendet werden mussten, frei werden und dem Gesamtmarkt einen Auftrieb geben müssen.

Die Kosten des Krieges in Vietnam – Menschen, Material usw. – beliefen sich im abgelaufenen Fiskaljahr (in Amerika von Juni bis Juni berechnet) auf nicht weniger als 30 Milliarden Dollar! Man schätzt sie in diesem Jahr auf 23 Milliarden und hofft, sie im nächsten Jahr auf 13 Milliarden Dollar drücken zu können. Das erste Jahr ohne Vietnam-Krieg sollte eine «Friedens-Dividende» bringen, die von Fachleuten auf etwa 10 Milliarden Dollar veranschlagt wird. Wer diese Dividende in erster Linie einheimern soll, das steht bereits im Brennpunkt lebhafter, vorerst noch theoretischer Debatten.

Politiker, Wähler-Organisationen und Industrieführer lassen es jetzt

Der Kluge reist im Zuge

SBB

schon an Vorschlägen nicht fehlen, was mit dem Geld geschehen soll, das Amerika dann «übrig» haben wird.

Wenn alle Propositionen für Wohlfahrtsförderung, Gesundheitspflege, Luftverpestungs-Bekämpfung, Steuerermässigungen, Ausnützung der Naturschätze im Ozean, Massnahmen gegen die Bevölkerungs-«Explosion», Kampf gegen die Rauschgiftseuche, durchgreifende Aktionen gegen das Verbrechen, Reorganisation der Altersversorgung und vieles andere, was alles bereits im Detail vorliegt, wirklich auf Staatskosten in die Tat umgesetzt werden sollten, dann würde das Mittel erfordern, mit denen verglichen der Krieg in Vietnam geradezu «preiswert» war!

Die vielfach erhoffte Nachkriegs-Konjunktur kann auch deshalb nicht zu üppig ausfallen, weil das heute schon akute Problem der

Arbeitslosigkeit

eine fühlbare Verschärfung erfahren dürfte. Die Arbeitsstellen werden an Zahl erheblich abnehmen, das Angebot an Arbeitnehmern wird wesentlich wachsen. Der Pentagon hat bereits verlautbart, dass er bis zum Juli dieses Jahres seine Streitkräfte um nicht weniger als 220 000 Mann abbauen werde. Er hat ferner bekanntgegeben, dass er auch sein Personal an Zivilbeamten einschneidend zu verkleinern gedenke.

Die Gesamtstreitmacht der USA – heute an die 3,5 Millionen Mann – wird innerhalb der nächsten zwölf Monate auf ungefähr 2,6 Millionen reduziert werden. Die militärischen Stützpunkte, die Amerika in aller Welt unterhält, werden allmählich verkleinert oder sogar völlig aufgelassen werden. Okinawa, die grosse Bastion Amerikas im Pazifik, wird vermutlich 1972 den Japanern zurückgegeben werden. Auch von einer Verringerung der amerikanischen Truppenkontingente in Europa wird immer wieder gesprochen.

Die rückflutenden Massen einiger hunderttausend Soldaten müssen notwendigerweise den Arbeitsmarkt be-

lasten. Die Situation wird auch noch durch die Tatsache kompliziert, dass die grossen Industrie-Konzerne, die bisher mit umfangreichen Pentagon-Aufträgen voll beschäftigt waren, schon jetzt nicht mehr ganz ausgelastet sind. Sie haben bereits im Laufe der Monate Dezember und Januar ihre Arbeiterschaft um mehr als eine Viertelmillion Menschen gekürzt. Als Folge davon machen sich auch in der

Resultate hervorzaubern. Vielleicht wird die kommunistische Führung, anderwärts in Bedrängnis geraten, eines Tages von ihrem in Paris betonten Grundsatz: «Was euch gehört, darüber lässt sich verhandeln, was uns gehört, geht euch gar nichts an», plötzlich abgehen müssen und vernünftiger Töne anschlagen!

An der heimatlichen Front Amerikas wird die Frage entstehen: Wie



Vorwärts oder rückwärts – marsch!

Privatwirtschaft leise Anzeichen einer rezessionsähnlichen Situation fühlbar, vor allem in der Autoindustrie und im Wohnbau. Die Regierung wird also zweifellos vor dem schwierigen Problem stehen, die Inflation zu bekämpfen, die beängstigend steigenden Lebenskosten zu drosseln, ohne eine Arbeitslosen-Krise heraufzubeschwören.

Ob Amerika eines Friedens in Vietnam restlos froh werden kann, hängt natürlich auch von innen- und weltpolitischen Entwicklungen ab. Wird die Spannung zwischen Russland und Rot-China zu atomaren Explosionen führen? Wird der Konflikt im Mittelosten sich auch weiterhin auf den jetzigen höchst gefährlichen Bahnen bewegen? Überraschende Wendungen in diesen Problemen könnten unter Umständen sogar in den Pariser Friedensverhandlungen, die bisher als völlig hoffnungslos kaum diesen Namen verdienen, ganz unerwartet positive

wird sich der Neger-GI verhalten, wenn er aus Vietnam nachhause kommt. Wird er die Technik des Tötens, die ihm im Fernen Osten so gründlich beigebracht wurde, nun auch im heimatlichen Rassenkampf betätigen wollen? Oder wird der schwarze Mann, der in Gemeinschaft mit weissen Soldatenkameraden viele Monate unter ständiger Lebensgefahr verbracht hat, nunmehr der Gewalttätigkeit müde geworden, jetzt auch im Rassenstreit milder und friedlicher gestimmt sein?

Eine Vorhersage der Nachkriegs-Situation Amerikas lässt sich also, wenn diese Simplifikation gestattet ist, in die Worte zusammenfassen:

Nicht allzu rosig, aber keineswegs düster!

Hier ein kurzer Blick in die Nachkriegs-Zukunft Amerikas – mit allen

dem Propheten ziemenden Vorbehalten:

Wirtschaft: Wenn der Krieg in Vietnam (Tagesspesen für Amerika: 100 Millionen Dollar) für die Vereinigten Staaten zu Ende ist, muss die amerikanische Wirtschaft einen zumindest temporären Aufschwung erleben. Man wird daran gehen, die 26 Millionen neuer Heime zu bauen, die seit langem auf dem Regierungsprogramm stehen; man wird die hundert neuen Städte bauen, die längst geplant sind. Die Börse, die sich seit Jahren trotz verzweifelter Versuche nicht aus einem katastrophalen Tiefstand befreien konnte, wird eine emotionelle Konjunktur erleben, die kurzlebig sein mag, aber doch auf drei bis sechs Monate ihre allgemein befeuernde Wirkung nicht verfehlen wird.

Die enormen Schwierigkeiten, denen sich die Gesamtwirtschaft Amerikas gegenüber sehen wird, dürfen freilich nicht ausser acht gelassen werden. 15 bis 20 Lohnverträge werden schon in diesem Jahr abgelaufen sein und schwierige Lohnverhandlungen stehen bevor. Die Gewerkschaften fordern für die nächsten zwei bis drei Jahre Lohnerhöhungen von 50 bis 75 Prozent! Die Industrie macht jetzt schon geltend, dass solche Steigerungen die Preise auf Höhen treiben müssen, die das amerikanische Produkt für den Export nicht mehr konkurrenzfähig machen. Es wird der klügsten Köpfe bedürfen, diese gefährlichen Klippen einer Übergangszeit zu umgehen. Gelingt dieser Coup, dann kann, etwa von 1973 an, mit einer solid fundierten Aufwärtsentwicklung gerechnet werden. Denn: Amerikas Nationalprodukt wird sich dann auf tausend Milliarden Dollar belaufen!

Aussenpolitik: Nach dem unglückseligen Krieg in Vietnam wird der isolationistische Gedanke zweifellos stärker Fuss fassen als bisher. Amerika wird zwar weder «Nato» noch «Seato» zum alten Eisen werfen, es wird weiter Wert darauf legen, seine Machtstellung in Südostasien zu bewahren, aber es wird ängstlich darauf bedacht sein, sich nicht in neue bewaffnete

Konflikte einzulassen. Die Vereinigten Staaten werden ihre Alliierten mit Butter, Kanonen und Beratern versorgen, aber nicht mit bewaffneten Truppen. Es sei denn, dass sich Entwicklungen vollziehen, die den nationalen Interessen des Landes diametral zuwiderlaufen.

Innenpolitik: Man wird kaum fehlgehen in der Voraussage, dass nach dem Krieg ein mehr konservativer «Trend» das politische Leben Amerikas beherrschen wird. Wenn es dem Präsidenten Nixon gelingt, sein Land noch vor dem Wahljahr 1972 vom

Konflikt in Vietnam freizumachen, ist wohl mit seiner Wiederwahl zu rechnen, wiewohl die Demokraten in Muskie einen fähigen Mann stellen könnten, dessen Popularität ständig zu wachsen scheint. Als ein Mann, der etwas rechts von der «Mitte» steht, dürfte Nixon aber doch neuerlich ins Weisse Haus einziehen.

Auch in diesem Punkt muss jedoch, wie in allen anderen, gesagt werden: Vieles kann geschehen, bis zu jenem November 1972, in dem die Amerikaner wieder ihren Wahlzettel in die Urnen werfen werden...

Bonn und der Osten

Wenn Tabus zerbrechen

Von Viktor Schreiber

Bonn denkt, seit Willy Brandt Bundeskanzler ist, an den Osten. Es hat seine Fühler gleichzeitig nach Moskau, Warschau und Ost-Berlin ausgestreckt und damit das bedeutendste aussenpolitische Unternehmen eingeleitet, das eine westdeutsche Bundesregierung je an die Hand nahm. Die öffentliche Meinung wird über Erfolg oder Misserfolg bestimmen. Ihr hat unser Mitarbeiter nachgespürt.

Auch in Deutschland ist die Nachkriegsgeneration gewachsen. Vor allem bei diesem Teil der Bevölkerung findet die Regierung breitestes Verständnis für ihre Ostpolitik. Vielen, besonders vielen Studenten, erscheint das, was getan wird, eher noch zu wenig.

Wir sprachen mit Briefträgern, Taxifahrern, Portiers, Sekretärinnen und anderen; darunter waren viele, die aus dem Osten stammen. Die einheitliche Auffassung war: kein Wunsch zur Änderung des Status quo. Ein Schlesier erklärte, dass die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik eine Integration der Flüchtlinge und die Schaffung einer eigenen Position für jeden Bürger erlaube. Eine Ostpreussin erinnerte sich, dass ihre Eltern zu Hause mit Mühe wirtschaftlich existieren konnten, während in der Bundesrepublik ihr Leben gut gesichert sei. Eine Sekretärin in einem Ministerium, deren Eltern aus dem Osten

stammen – sie selbst ist in der Bundesrepublik geboren – glaubt, dass die Politik der jetzigen Regierung die einzig richtige sei. In ihrer Generation denke man nicht daran, zurückzugehen in ein Milieu, das man gar nicht kennt. Die ältere Generation der Flüchtlinge allerdings hängt an der verlorenen Heimat, was menschlich durchaus verständlich ist. Ein Teil von ihnen hat die Hoffnung behalten, einmal zurückzugehen. Eine ältere Flüchtlingsfrau, die ein kleines Lebensmittelgeschäft im Ruhrgebiet betreibt, erklärte: «Sie sind daran, uns wieder zu verkaufen.» – Solche Stimmen jedoch vermindern sich ständig. Charakteristisch dafür scheinen die seriösen konservativen Zeitungen, die einen beträchtlichen Teil der Wirtschaftskreise in Deutschland vertreten und die sich gegenüber der neuen Ostpolitik durchaus positiv verhalten. Die von ihr repräsentierten Kreise sehen Möglichkeiten zur Intensivierung